

Von: Wodarg Wolfgang <wolfgang.wodarg@bundestag.de>
Datum: 17. September 2009 10:51:14 GMT+01:00
Betreff: AW: Was passiert nach der Wahl? Karten auf den Tisch!

Sehr geehrter Herr ...,

vielen Dank für Ihre Email vom 16.09. zur Bewältigung der Finanzkrise. Sie weisen darauf hin, dass der deutsche Staat mit vielen Milliarden Euro Banken und Unternehmen vor dem Niedergang gerettet hat. Weltweit schützen verantwortungsvolle Regierungen mit dem Geld der Steuerzahler die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze vor dem Absturz. Sie und viele andere Bürger fragen sich mit Recht, wer dafür die Zeche zahlt.

In der SPD wollen wir, dass die Finanzmärkte ihren Teil zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen, um die Belastungen durch Bürgschaften und Kapitalhilfen gegen zu finanzieren. Viele wichtige Maßnahmen sind auf den Weg gebracht worden, weitere Reformen sind aber notwendig:

- Das beste Mittel, um den gesamten Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen, ist eine internationale Finanztransaktionssteuer, so wie sie die SPD vorschlägt. Mindestens auf G20-Ebene eingeführt, bleiben kaum Ausweichmöglichkeiten - an den Börsen und auf den Handelsplätzen der G20 werden 92% des Welt-Aktienhandels und 76% des Welt-Anleihenhandels abgewickelt. Nach groben Schätzungen könnten sich für Deutschland so Einnahmen zwischen 10 und 20 Mrd. Euro pro Jahr ergeben. Wenn es in einem weiteren Schritt gelänge, aus dem G20-Gipfel in Pittsburgh eine Vereinbarung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu schließen, hätten wir ein wirkungsvolles Instrument, diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die mit Finanztransaktionen satte Gewinne einfahren. Sollte dies auf internationaler Ebene nicht umsetzbar sein, so bleibt noch das Mittel der nationalen Börsenumsatzsteuer, wie es sie in Großbritannien bereits seit langem gibt.

- Doch die Transaktionssteuer reicht nicht. Die SPD will auch die Managergehälter (steuerlich) begrenzen. Die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von Managervergütungen und Abfindungen als Betriebsausgaben muss abgeschafft werden. CDU und CSU verteidigen jedoch mit Vehemenz die geltende Regelung. Dank CDU und CSU zahlt die Gemeinschaft der Steuerzahler auch in Zukunft kräftig mit, wenn Unternehmen ihren Führungskräften Bonuszahlungen in Millionen-Höhe gönnen.

- Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen. Monatelang haben CDU und CSU ein entsprechendes Gesetzesvorhaben blockiert und jeglichen Handlungsbedarf in Deutschland bestritten. Erst nach harten Verhandlungen konnte die SPD das Gesetz durchsetzen, aber nur mit dem Kompromiss, dass die konkreten Umsetzungsschritte aus dem Gesetz herausgenommen werden mussten. CDU und CSU haben im Laufe des Verfahrens das "Scharfmachen" des Gesetzes verhindert und darauf gedrängt, dass dies erst über eine Verordnung erfolgt. Diese kommt (hoffentlich) am 18. September. Dann muss aber ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen mit der Liste der Steueroasen gefertigt werden. Das macht dann nur Peer Steinbrück. CDU, CSU und FDP wollen es verhindern.

- Zum besseren Schutz der Verbraucher wollen wir einen Finanz-TÜV einrichten, der Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten dokumentiert und überprüft. Auch Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds wollen wir wirkungsvoll zumindest auf EU-Ebene regulieren.

Ich hoffe, hiermit Ihre Frage beantwortet zu haben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen,

Dr. Wolfgang Wodarg

Kommentar von Detlev von Larcher, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises:

Wolfgang Wodarg greift als SPD-Linker einige unserer Forderungen positiv auf. Aber er begnügt sich damit, dass die Profiteure „ihren Teil zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen“ – d.h. der große Rest bleibt dem Steuerzahler. Zu Steuerfragen äußert er sich nicht.